

ENTWURZELT UND AUF DER SUCHE: INDIOS IN DER STADT

Die Flucht ins Ungewisse

Umfang und Gründe der Wanderungen

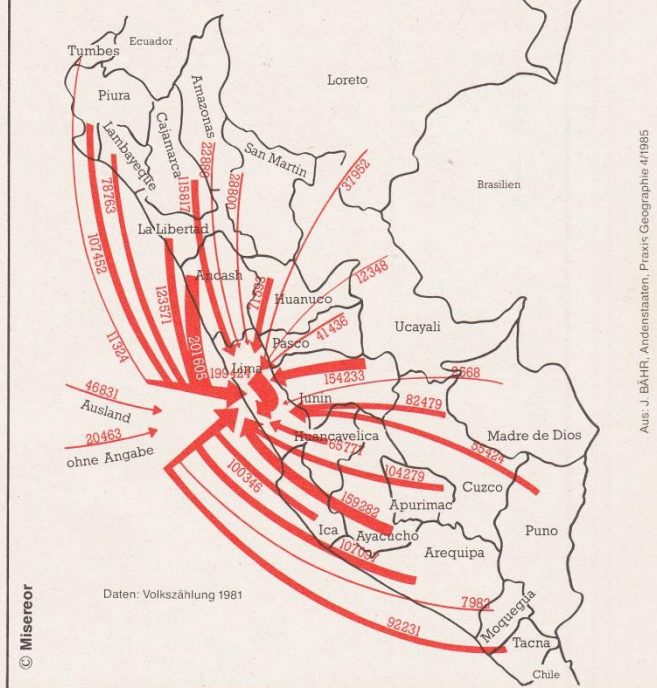
In Peru und Bolivien nimmt der Strom der indianischen Zuwanderer in die Städte von Jahr zu Jahr zu (vgl. Fig. 1). In Lima leben bereits 35% der Bevölkerung des Landes. Hier hat sich die Zahl der Stadtbewohner in den vergangenen zwei Jahrzehnten fast verdreifacht. Am Rande dieser 6-Millionen-Stadt haben sich großflächige Elendsviertel (Barriadas) gebildet, die sich weit in die Wüste hinein erstrecken. Sie beherbergen mitunter mehr als 100.000 Menschen, die trotz der schlechten Wohn- und Lebensverhältnisse und ohne sichere Beschäftigung ihre dörfliche Heimat im Gebirge (in der Sierra) aufgehoben haben, um ihr Glück an der Küste zu versuchen. Insgesamt wachsen die Großstädte in den Andenländern zwischen 5% und 7% im Jahr, während sich die Armenviertel z. T. bis zu 15% pro Jahr ausdehnen, ohne daß das Wirtschaftswachstum dem auch nur annähernd entspricht (vgl. Fig. 2).

Die Land-Stadt-Wanderungen in Lateinamerika haben in der Regel andere Ursachen als in der Geschichte Europas. Während im Zuge der Industrialisierung Arbeitskräfte fehlten und die Städte einen Sog ausübten, ist es in Lateinamerika vielfach so, daß die Landbevölkerung verdrängt und vertrieben wird und im städtischen Bereich die einzige Überlebenschance sieht. So haben die Indianer die „Flucht aus dem Elend ins Massenelend“ gewagt. Dabei werden viele von dem Wunsch getrieben, ihren Kindern über die schulische Bildung einen Platz in der Welt der Weißen und der Mestizen zu ermöglichen. Häufig wandern die Familien aus den indianischen Dörfern und Gemeinden in Etappen. Das heißt, sie versuchen zunächst in einer kleineren Stadt Fuß zu fassen, um dann endgültig in das größere Zentrum weiterzuziehen.

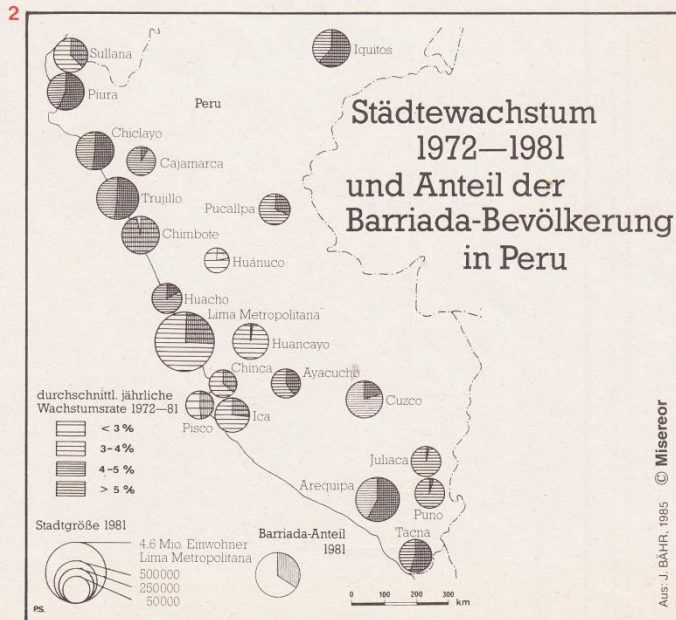
Der Land-Stadt-Gegensatz

Obwohl die Landbevölkerung (die Campesinos) den Umzug in die Stadt durch gelegentliche Besuche bei Verwandten, mitunter auch durch saisonale Beschäftigungen im städtischen Bereich, vorbereitet, ist der kulturelle Wandel, dem sie hierbei ausgesetzt sind, außergewöhnlich. Bei diesem Zug in die Städte stoßen unterschiedliche Welten aufeinander. Die Stadt ist nämlich seit der frühen Kolonialzeit Lebensraum der spanisch-europäischen Bevölkerung, die auf dem flachen Land nie Fuß gefaßt hat. Seit jeher war das Leben in den Städten der Andenländer auf Spanien, auf Südeuropa, ausgerichtet. Heute ist die städtische Wirt-

Wanderungsströme in die Provinzen Lima und Callao (akkumuliert bis 1981)



Aus: J. BÄHR, Andenstaaten, Praxis Geographie 4/1985





schaft eng mit den Industrienationen verknüpft, vielerorts sogar enger als mit dem eigenen Hinterland. In der Tat sind die Städte ausgeprägte „Brückenköpfe“ der europäischen Kultur und Wirtschaft geworden.

Völlig anders hat sich dagegen der ländliche Raum entwickelt. Der mangelhafte Ausbau des Straßen- und Eisenbahnnetzes sowie die Abgeschlossenheit zahlreicher Landstriche haben hier zur wirtschaftlichen Eigenständigkeit und zur kulturellen Eigenart der ländlichen Gebirgsregionen beigetragen. Doch haben auch die Aymará- und Quechua-Indianer von ihren ursprünglichen Lebensformen vieles eingebüßt. Das geschah vor allem durch die Berührung mit den Landgütern der städtischen (spanisch-stämmigen) Kreolenbevölkerung, verstärkt auch durch die bergbauliche Förderung im Gebirge seit dem vorigen Jahrhundert. Alles in allem unterscheiden sich bis heute die indianischen Landbewohner durch ihr Verhältnis zu Natur und Umwelt, zu Familie und Gemeinschaft in ihrer „visiöseren Erfahrung des Lebens“ (Ted Poole) ganz entscheidend von der europäisch geprägten Lebenssicht der Mestizen und Weißen im städtischen Milieu.

Kulturen prallen aufeinander

Der Zug in die Stadt bedeutet einen kulturellen Schock ohnegleichen: Den ländlichen Formen gegenseitiger Hilfe, gemeinschaftlicher Nutzung und Produktion steht ein krasser Individualismus mit einem Gewinnstreben gegenüber, das dem Indianer in dieser Weise nicht bekannt ist. In der Stadt ersetzt die Geldwirtschaft auch die letzten Reste der herkömmlichen Tauschwirtschaft, die auf dem Lande mitunter zeremonielle Züge annimmt. Traditionelle Heilverfahren oder religiöse Feiern mit vorkolumbischen Elementen werden in die Heimlichkeit abgedrängt, da in der rationalen Umwelt der Stadt hierfür kein Platz mehr vorhanden ist. Praktische Kleidungsstücke (Poncho, Ohrenmütze, Gürtel) werden abgelegt, da die Neuzuwanderer nicht als rückständig angesehen werden wollen.

Obwohl die Migranten in der Anfangsphase meist auf die Hilfe von Verwandten, Compadres (Wahlverwandten) sowie Freunden und Bekannten aus ihren Herkunftprovinzen zurückgreifen können, bewegen sie sich in einer menschlich, sozial und wirtschaftlich sehr unsicheren Umwelt. Zu plötzlich entstehen einzelne Stadtrandviertel, zu groß ist die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und beim Zugang zur spärlichen Infrastruktur der Wasserstellen und Stromanschlüsse. Die Naturkatastrophen im Lande oder der Bürgerkrieg im Süden (Ayacucho) haben in Lima zu einer beschleunigten Expansion

ganz bestimmter Zuwanderungsviertel geführt und zahlreiche Familien ohne Vorbereitung und ohne familiären Rückhalt dem städtischen Leben ausgeliefert.

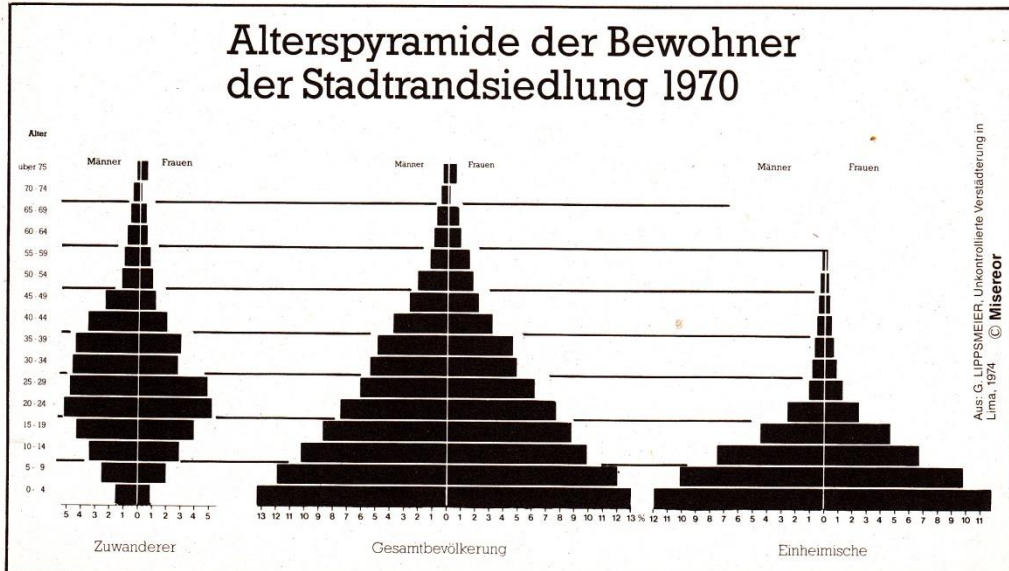
Die familiäre Situation am Stadtrand

Die familiäre Situation im Stadtrandmilieu ist weit labiler als auf dem Lande, wo die festgefühten Strukturen früherer Zeiten noch weitgehend Bestand haben. Vom Los der alleingelassenen Mütter gibt der folgende Bericht einer 23jährigen Indianerin aus Chorrillos (Lima) Zeugnis:

„Ich habe vier Kinder: 9, 6, 4, und 2 Jahre alt. Ja, ich bekam den Ältesten, als ich 14 Jahre alt war. Er fängt gerade mit dem Sechsjährigen in der Schule an. Der Vater der beiden hat erst jetzt die Geburtsscheine unterschrieben, darum konnte der Junge nicht eher zur Schule. Mit ihrem Vater ist nicht viel los, sonst hätte er für seine Familie gesorgt. Er arbeitet mit Müll und Abfällen; verdient gut. Aber er wohnt nicht hier, kommt nur, wenn er blau ist. Dann wasche ich seine Kleider. Er ist nicht der Vater aller Kinder, aber er hat für die beiden Ältesten unterschrieben und versprochen, es auch für die beiden Jüngsten zu tun. Es wäre schön, wenn der Älteste auf der Schule bleiben dürfte, er will Arzt werden.“

Aus: W. Reiche u. a.: vgl. auch Fig. 3

3



Ausbeutung durch ansässige Städter

Eine große Zahl der neuen Stadtrandbewohner lebt in gemieteten Einzelzimmern (vgl. Fig. 4). Neben hohen Kosten müssen sie desolate hygienische Verhältnisse in Kauf nehmen, wodurch sich ihre gesundheitliche Lage noch verschlechtert. Wenn sie Aushilfsarbeit finden, werden sie häufig überverteilt. Sie müssen erfahren, daß auch der Arme nicht davor zurückschreckt, den noch Ärmeren auszubeuten.

Besonders schwierig ist es für die Neuzuwanderer, eine Beschäftigung zu finden. Meist müssen die Frauen und Kinder zu den dürftigen Familieneinkommen beitragen. Sie bieten sich als Gelegenheitsarbeiter oder als Hilfskräfte auf dem Markt oder im Baugewerbe an. Andere betätigen sich als Altmaterialsammler, Hausangestellte und vor allem als fliegende Händler. Da in all diesen Sparten ein Überangebot an Arbeitskräften besteht, sind die Einkünfte unregelmäßig und niedrig, eine Situation, die von der ansässigen Stadtbewölkerung gehörig ausgenutzt wird.

Moderne Formen der Kindersklaverei

Ein bedauernswertes Schicksal hat die Mehrzahl der weiblichen Hausangestellten, der sogenannten Muchachas. In Peru rechnet man insgesamt mit 350.000 Dienstmädchen. In der Hauptstadt selbst sind etwa 10.000 Hausangestellte in gewerkschaftsähnlichen Gruppen organisiert.

Die Bediensteten treten häufig als Kinder zwischen acht und zehn Jahren ihren Dienst an. In der Regel haben sie kaum eine Aussicht auf eine Ausbildung; man verwehrt ihnen oft auch den Kontakt zu ihren Familien und verhindert mit allen Mitteln eine Familiengründung. So haben diese Indianermädchen bei ihrer Eingewöhnung in das Stadtleben nicht einmal einen familiären Rückhalt.

In einem Interview gab ein Dienstmädchen aus Lima ihre Erfahrungen zu dieser Form von Kindersklaverei zu Protokoll:

„In allen Stadtteilgruppen kennen wir Jungen und Mädchen, die etwa ab sieben Jahre als Dienstkraft gehalten werden. Sie arbeiten hart und bekommen dafür lediglich zu essen und müssen den Herrschaften auch noch dankbar sein. In der Abendschule, die ich besuchte, waren alleine in meiner Klasse über zehn Dienstmädchen unter zwölf Jahren!“

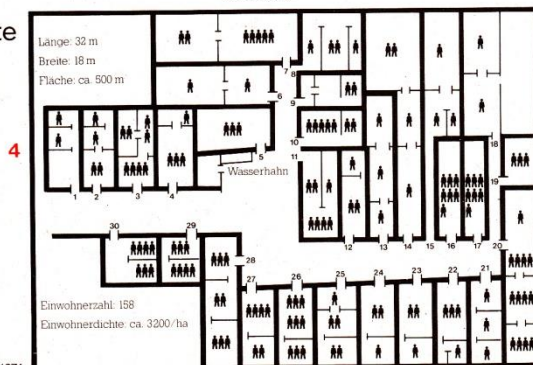
In den Vierteln des Kleinbürgertums arbeiten besonders viele dieser Kinder, die sie sich vom Land holen, weil sie solchen Kindern keinen Lohn bezahlen brauchen. Sie sind praktisch Sklaven, denn sie werden nicht bezahlt, dürfen das Haus nicht verlassen, und sie werden geschlagen und mißhandelt.

Dort, wo ich wohne, arbeitet ein Dienstmädchen, die ist erst acht Jahre alt. Das Haus hat drei Stockwerke, und ich habe sie noch nicht ausführlich sprechen können, weil sie streng beaufsichtigt wird. Sie ist in einem jämmerlichen Zustand, ohne Schuhe, muß die Autos waschen, solch große Schlitten, ein Kind von acht Jahren, ich höre sie oft weinen bei der Arbeit.

Es gibt so viele dieser Kleinen, und das Schlimme ist, daß die Zahl dieser Kinder zunimmt. Auch die Zahl der Familien, der Eltern, die ihre Kinder nach Lima bringen, steigt. Das haben wir festgestellt. Oft laufen diese Kinder dann weg aus dem Haus und suchen sich ein besseres Leben auf der Straße. Sie waschen Autos, putzen Autoscheiben, bitten um Trinkgeld; andere stehlen sich das, was sie zum Leben brauchen, oder verkaufen sich auf dem Strich.“

Aus: Reinhardt Jung (Hg.), Muchacha. Bornheim-Merten 1983.

Belegungsdichte in einem Innenstadtslum von Lima



50 Aus: G. LIPPSMEIER, 1974

Selbsthilfeprojekt für Hausangestellte

In Lima wird ein Selbsthilfeprojekt der Hausangestellten vorbereitet. Es soll nach dem Vorbild eines von Misereor geförderten Vorhabens in Cuernavaca (Mexiko) arbeiten (Projekt Nr.: 212-013/020, bewilligte Summe DM 70.000). Dort bilden 400 eingeschriebene Mitglieder einen Trägerverein für einen Selbsthilfekindergarten. Darüber hinaus vermittelt die Organisation Arbeitsstellen, bietet Ausbildungskurse für hauswirtschaftliche Themen an und stellt begrenzt auch Übernachtungsmöglichkeiten für Arbeitssuchende bereit.

Muchacha – „Bauerntrampel“ in der Stadt

- Ich bin die Waschmaschine, die der Señor nicht kauft, solange ich billiger wasche und der Señora Zeit erspare und ihren Händen die rauhe Haut;**
- Ich bin der Staubsauger, den die Señora nicht braucht, bin Autowaschanlage, bin Kindergarten, bin Wäscherei, bin Pflegestation, bin Einkaufswagen;**
- Ich bin die Emanzipation der Señora, bin der Knopf, der alle Wünsche per Druck erfüllt;**
- Ich bin die Hure, die der Señor nicht bezahlt, auf Geheiß der Señora wider Willen zu Willen den Söhnen;**

Aus: R. Jung, a. a. O.

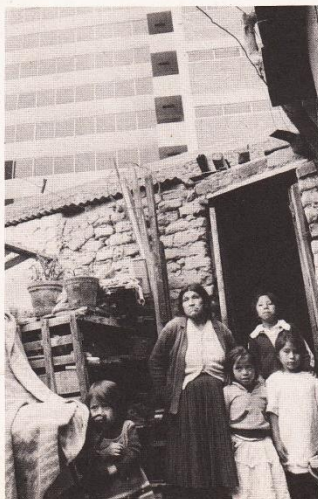


Verarmung der Mittelklasse

Eine Tätigkeit, zum Beispiel im Baugewerbe, im Handwerk oder im nicht-ambulanten Handel bedeutet aber auch für die bereits Ansässigen noch keine weiterreichende Sicherung der Existenz. Traditionelle Beschäftigungszweige sind durch das Angebot moderner Industrieartikel und durch billige Importwaren in ihrem Fortbestand besonders gefährdet. Das führt oft zu einem sozialen Abstieg bereits ansässiger Familien, die damit eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz für die Neuankömmlinge darstellen. Die wachsende Arbeitslosigkeit in den Städten der Andenländer, die unter anderem auch durch die internationale Verschuldung und die dadurch verstärkte Inflation ausgelöst wurde, läßt damit die ökonomische und soziale Eingliederung der indianischen Zuwanderer immer problematischer erscheinen.

„Armut, Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, Unterernährung, Analphabetismus, miserable Wohnverhältnisse, fehlende medizinische Versorgung und so fort sind Zeugnisse dafür, daß die eingefahrenen, unflexiblen formalen Strukturen nicht den Notwendigkeiten und der Realität der Mehrzahl der Menschen entsprechen. Sie entsprechen lediglich den Bedürfnissen von wenigen, der Eliten. Diese sind aber unter den gegebenen Umständen nicht ein organischer Teil ihrer Völker, sondern lediglich Brückenköpfe der Weltwirtschaft. Die formalen Strukturen werden von diesen „herodianischen“ Minderheiten auch als Werkzeug genutzt, um ihre günstige Lage zu sichern.“

Aus: E. Schütz, Überlegungen zum informellen Sektor, 1985



Reaktionen der Mutlosigkeit

Die ansässige Bevölkerung legt eine verächtliche Haltung an den Tag, wenn sich die Neulinge in der Stadt ungeschickt verhalten oder Unkenntnisse erkennen lassen. Der Neuzuwanderer spürt diese Ablehnung und antwortet mit einer Fülle von Reaktionen, die von einer in sich gekehrten Mutlosigkeit bis hin zu einer aggressiven Militanz reichen können. Am Anfang überwiegen allerdings die Gemütsäußerungen von Passivität, des Fatalismus, die auch Züge tiefer Depression annehmen können.

Bisweilen scheint der Überlebenstrieb nachzulassen, nämlich dort, wo keine Kräfte mehr aufgebracht werden, wenn es heißt, von der Hand in den Mund zu leben. Nur die Stütze durch die Gemeinschaft (von Großfamilie oder Provinzgenossen) kann über derartige Phasen hinweghelfen, um wenigstens das Überleben für die nächsten Tage zu sichern. (Vgl. den Kasten: Indianische Zuwanderer in der städtischen Welt)

Von seinen Erfahrungen in der Bergbaustadt Ilo (Peru) berichtet Pater Moyano:

„Mindestens die Hälfte der Mitglieder unserer Basisgemeinden kommt

aus dem Gebirge. Sie fühlen sich in den Gemeinden wohl, weil eine Atmosphäre des Vertrauens herrscht und ihnen die Möglichkeit gegeben wird, mitzumachen und auch ihre eigene Musik zu betreiben. Aber sie benehmen sich wie Besucher in einer fremden Umgebung. Die bereits ansässigen Bewohner geben den Ton an.

Es kann bei unserer Arbeit nicht darum gehen, künstliche Inseln zu schaffen, die in der Stadt die indianische Lebensweise neu entstehen lassen. Auch wenn man dies versuchen sollte, hätte dieses Vorhaben wenig Aussicht auf Erfolg und es wäre gleichbedeutend mit einem Kampf gegen die Geschichte. Wir müssen vielmehr Wege finden, die eine echte Synthese ermöglichen, wobei die reiche indianische Tradition mit all ihren Werten und die nicht zu leugnende Realität der städtischen Welt mit ihren eigenen Vorzügen zusammenkommen müssen. Von daher sollte es nicht das Ziel sein, den indianischen Mann und die indianische Frau in die westliche Welt „zu integrieren“, sondern ihnen Raum zu gewähren, wo diese Kultur und dieses Volk sich artikulieren können, um einen echten Dialog mit der Welt der Weißen und Mestizen zu führen.“

Indianische Zuwanderer in der städtischen Welt

Aufgrund der Tatsache, daß die Neuzuwanderer in der Stadt ihre neue Realität nicht in den Griff bekommen, entsteht eine Reihe von Reaktionen:

- Der Neuankömmling lebt in Angst und findet keine Kontakte.
- Er gerät ins Abseits und isoliert sich dadurch selbst, sowohl als einzelner wie als kleine Gruppe.
- Er beteiligt sich nicht am Leben des Stadtviertels und nimmt eine passive Haltung ein.
- Er hat kein Vertrauen in seine eigenen Möglichkeiten und in die seiner Volksgruppe.
- Er empfindet Scham wegen seiner Vergangenheit und seiner Traditionen. (Das trifft für Sprache, Sitten oder religiöse Formen zu. Besonders auffällig ist dies für die zweite Generation zu beobachten.)
- Er versucht, sich zu tarnen und die Lebensformen der Stadtbewohner zu kopieren.

(Das geht so weit, daß er seinen Kindern englische Namen gibt.)

- Selbst die junge Generation, die Kinder der ländlichen Zuwanderer, aber auch die bereits ansässigen Erwachsenen machen sich, wenn auch in geringerem Maße, über die Neuankömmlinge lustig.
- Das Stillschweigen der Neuankömmlinge drückt Ablehnung und Widerstand aus gegenüber der Verachtung, die sie zu spüren bekommen.
- Auch wenn es eine unbewußte Haltung ist, so strebt der Neuzuwanderer doch Integration und Gemeinschaft an. Seine Nichtbeteiligung ist vielleicht eine Form der Ablehnung gegenüber einer aufgezwungenen Integration. Denn seine eigenen Werte spielen dabei eine untergeordnete Rolle. Er selbst hat keine andere Wahl, als die aufgestellten Spielregeln anzunehmen.

Aus: J. L. Moyano Walker, 1984: „Inmigrante andino y mundo urbano“

Neue Wege im Leben der Stadt

In den ersten Jahren finden die Neuzuwanderer kaum eine Möglichkeit, sich in das städtische Leben der Weißen und Mestizen zu integrieren. So haben sich gewissermaßen eigene kulturelle Formen entwickelt, die das Überleben am Rande der städtischen Gesellschaft möglich machen. Man spricht von informellen Strukturen, die sich parallel zu den vorhandenen organisierten Formen entfalten.

Informelle oder nicht übliche Aspekte der Lebensgestaltung erstrecken sich beispielsweise auf den Wirtschaftssektor, wo bei der Verwertung von Abfallprodukten, bei Ausbesserungsarbeiten oder bei den vielfältigen Formen des ambulanten Handels sehr ideenreich neue Wege gefunden werden. So werden zum Beispiel aus alten Autoreifen strapazierfähige Sandalen fabriziert. Und ausgediente Lastwagenfedern werden zu Hacken und Spaten umgeschmiedet. Auch werden unter Plastikplanen kleine Hausgärten von wenigen Quadratmetern angelegt, die selbst in viertausend Metern Höhe frisches Gemüse sichern.

„Diese nicht in die formalen Strukturen integrierten Bereiche wachsen ständig und deutlich sichtbar. Die Ursachen für diese Ausweitung des „informellen Sektors“ — nicht für das Entstehen der Verelendung — sind

- ein starkes Bevölkerungswachstum in den Städten,
- die zunehmende Verarmung von Gruppen, die vormals noch zur ökonomischen „Mittelschicht“ gezählt werden konnte,
- die Zuwanderung der verarmten und zum Teil verdrängten Landbevölkerung.

In den Stadtrandvierteln treffen sich also die Verarmten aus dem städtischen wie aus dem ländlichen Bereich.“ (Nach E. Schütz, 1985).



Informelle Aspekte im Leben der Stadtrandbewohner

Informeller Wirtschaftssektor

- Verwertung von Abfallprodukten
- Ambulanter Handel
- Anlage von Hausgärten

Informelle sozio-politische Organisation

- Bildung von Nachbarschaftsgemeinden
- Zusammenschluß von Stadtteilorganisationen
- Föderation von Viertelorganisationen

Informelle Kommunikation

- Herausgabe von Barriozeitungen
- Veranstaltung von Musikfesten und Volkstheater

Informelle Gemeinschaftsdienste

- Organisation der internen Ordnung
- Müllbeseitigung in Selbsthilfe
- Aufbau von Kinderhorten
- Einrichtung von Gemeinschaftsküchen

Informelles Bauen und Siedeln

- Gemeinschaftliche Landbesetzungen
- Wohnbau ohne rechtliche Absicherung
- Erweiterung der Infrastruktur ohne städtische Hilfe

Gemeinschaftliche Organisation und Bewußtseinsbildung

Bemerkenswert sind die Gemeinschaftsformen auf Nachbarschafts- und Stadtviertelebene, die auf die altbewährten Formen gegenseitiger Hilfe auf dem Lande zurückgreifen. Dort sind sie als Minka und Ayni bekannt und ersetzen das nicht bekannte Versicherungssystem. Auch die Kolonialstadt kannte derartige Hilfsgemeinschaften, Bruderschaften oder Cofradias genannt, die heute wieder aufleben und die Gestaltung ganzer Stadtviertel beeinflussen können. In vielen größeren Städten kommt es zum Zusammenschluß derartiger Schutzgemeinschaften, die sich häufig um Führerpersönlichkeiten (Kaziken) scharen und bis in die personelle Besetzung der Stadtverwaltung ihren Einfluß geltend machen.

Pater José Sandoval (Lima) äußert sich zu diesem Thema in der folgenden Weise:

„Die Leute werden sich mehr und mehr ihrer Situation bewußt. Das ist das Wichtigste. Sie erkennen, daß sie ausgebeutet und betrogen werden, daß sie aber auch Rechte haben, auf die sie zu pochen lernen. Sie tun sich zusammen und fordern Gerechtigkeit statt Almosen. Ich habe sogar den Eindruck, daß die Behörden diese Menschen allmählich zu fürchten beginnen.“

Ein Beispiel: Vor kurzem beschloß die Stadtverwaltung, alle Häuser in den Slums weiß anstreichen zu lassen. Die Stadtrandsiedlungen sollten nach etwas aussehen und den Touristen einen angenehmeren Anblick bieten. Die Bewohner wehrten sich entschlossen dagegen. „Wir wollen keine übertünchten Gräber! Helft uns zuerst, unsere Grundbedürfnisse zu befriedigen! Wir wollen Papiere, die uns zu Hauseigentümern machen! Wir brauchen Arbeit für unsere Jungen, medizinische Versorgung für die Kinder, Wasser, Elektrizität! Unsere leeren Mägen verlangen nach Nahrung und nicht nach weißen Hauswänden! Sind das nicht Zeichen der Hoffnung? Diese Solidarität, mit der die Leute gegen ihre Situation ankämpfen, ist neu und für die Kirche eine Chance, die sie nicht verpassen darf.“

Aus: Immenseer Missionare (Hrsg.): Bethlehem Jahrbuch, Peru, 1984.

Besonders aktiv werden die Nachbarschaftsgemeinschaften beim Bauen und Siedeln, da der Hausbau seit jeher ein Werk der dörflichen Gemeinschaft war. Zudem sind die Widerstände in der Stadt bei der Wohnraumerstellung außergewöhnlich groß, so daß die einzelnen Indianerfamilien diesen Widrigkeiten kaum gewachsen sind.



Wohnbau und Gemeinwesenentwicklung

Strukturelle Gründe für die Wohnungsnot

„Die Beschäftigung mit dem Wohnproblem der benachteiligten Bevölkerungsgruppe zeigt, daß schlechte Wohnverhältnisse nicht das eigentliche Problem sind, sondern lediglich das sichtbare Zeichen eines grundlegenden. Die Wohnungsnot hat strukturelle Gründe, die auf den ungleichen, ungerichten sozialen Beziehungen innerhalb der Gesellschaft beruhen. Diese sind durch den Bau von Wohnungen nicht zu ändern. Ein Wandel dieser sozialen Beziehungen, der sogenannte soziale Wandel, kann nur erreicht werden, wenn sich die Betroffenen zusammenschließen und gemeinsam versuchen, ihre konkreten Probleme zu lösen und ihre Rechte durchzusetzen. Rein caritative Maßnahmen, z. B. für Bedürftige Wohnungen zu bauen und sie ihnen zu schenken, sind kaum geeignet, dieses Ziel zu erreichen, sie sind häufig sogar Barrieren auf dem Weg zu diesem Ziel.

Soziale Aktionen bei Wohnbauvorhaben

Um der komplexen Zielsetzung, Förderung und Unterstützung einer integralen Entwicklung der Person, der Familie und der Gemeinschaft zu entsprechen, sind Wohnbauvorhaben auf vier verschiedenen sozialen Aktionen aufgebaut:

- Organisation der Siedlergemeinschaft
- Kooperative Selbsthilfe beim Bauen der Wohnungen und der Infrastruktur
- Demokratische Selbstverwaltung der Siedlungen
- Verbessern der ökonomischen Lage der Siedler durch das Bilden von Kooperativen verschiedener Art (Produktion, Konsum, Vermarktung usw.)“ (Nach E. Schütz, 1985)

So sind Nachbarschaftsgemeinschaften eine wichtige Voraussetzung beim Erwerb und der Erschließung von Siedlungsgrundstücken und bei der Schaffung von Wohnraum. Häufig werden nämlich Neusiedler von ihren provisorisch bebauten Flächen abgedrängt, weil diese für größere Siedlungsvorhaben oder für gewerbliche Flächen verplant werden. Ohne den Schutz der Gemeinschaft ist für den einzelnen Siedler die Gefahr der Vertreibung sehr viel größer, obwohl die Siedler in vielen Fällen bereits Besitztitel beantragt oder erworben haben oder ihnen Gewohnheits- und Vorkaufsrechte zustehen. Mit Hilfe der Gemeinschaft können in be-

Kredite für Baumaterialien

In Arequipa stellte Misereor 1975 mit einer ersten Stufe DM 270.000 einen Fonds zur Kreditvergabe von Baumaterialien zur Verfügung (Projekt Nr. 232-9/42). Verantwortlicher Projektträger ist eine Dachorganisation der örtlichen Nachbarschaftsgemeinschaften. Da der Fonds mit einem extrem niedrigen Rückzahlungsausfall von 7% arbeitet, wurde er noch zweimal aufgestockt. Insgesamt konnten bisher rd. 2000 Familien aus diesem Fonds Materialkredite erhalten.

stimmten Fällen auch Landbesetzungen und Wohnbau, die ohne rechtliche Absicherung vonstatten gingen, nachträglich legalisiert werden.

Einzelne Familien sind ohne den Schutz der Gemeinschaft immer der Gefahr ausgesetzt, an die Peripherie der Stadt oder auf unsicheres Baugebiete abgeschoben zu werden. Gerade in den Gebirgsstädten der Anden, z. B. in La Paz, gibt es abrutschgefährdete oder von Überschwemmungen heimgesuchte Flächen, auf denen sich die Ärmsten der indianischen Zuwanderer niederlassen, und zwar meist die, die in einer Gemeinschaft nicht Fuß fassen konnten.

Schon durch den provisorischen Charakter, der sich auch über Jahre hinweg kaum verändert, fallen Behausungen dieser extrem bedürftigen Bevölkerung ins Auge. Aber trotzdem sind solche Hütten aus Brettern, Gesträuch und Sackfetzen im Gebirge selten anzutreffen. Denn die Indianer haben dort ihre ländliche Bauweise mit Lehmziegeln (Adobe) in die Stadt übertragen, nicht zuletzt auch deshalb, weil das Hochgebirgsklima das Leben in einer behelfsmäßigen Hütte kaum zuläßt. Gemeinsam oder in gegenseitiger Hilfe werden die Lehmsteine geformt, Mauern errichtet und im Rahmen einer Feier das Dach aufgesetzt. In der Regel bestehen die ersten Häuser der Neusiedler aus einem bescheidenen Raum, dem in späteren Bauphasen weitere Räume angefügt werden. Diese Räume sind meist so angeordnet, daß sie mit einer zusätzlichen Mauer einen Hof umgrenzen. Hier findet das Alltagsle-

ben in ähnlicher Weise statt, wie die Indianer es von ihren Gehöften auf dem Lande gewohnt sind.

Für den weiteren Ausbau der Häuser werden im Rahmen gemeinschaftlicher Unternehmungen Baumaterialien, z. B. Fensterrahmen, Ziegelsteine oder Firstbalken besorgt. Nachbarschaftsgemeinschaften werden ebenfalls tätig, wenn Kredite beantragt und fachlicher Rat von Baufachleuten oder Juristen eingeholt werden muß. Besonders wichtig sind die gemeinschaftlichen Initiativen bei dem Ausbau der notwendigen Infrastruktur, wie Wasserbeschaffung, Anlage von Elektroleitungen und Kanalisierung. In La Paz gibt es zudem mehrere Beispiele für Gemeinschafts-toiletten und Gemeinschaftsduschen, die mit einfachsten Mitteln errichtet wurden.



Siedlerorganisationen ersetzen die Behörden

Über das Bauen und Siedeln hinaus versuchen die indianischen Siedlergruppen am Stadtrand, das fehlende Engagement der Behörden durch eigene Unternehmungen zu ersetzen und notwendige Dienste in eigener Regie zu übernehmen. Die extreme Not kann z. B. zu Raub und Diebstahl führen, gegen die sich Nachbarschaftsgruppen gemeinsam zur Wehr setzen. So kann innerhalb eines Viertels eine Hilfspolizei-Streife organisiert werden. Schiedsleute schlichten bei Konflikten zwischen Nachbarn oder auch innerhalb der Familien, und zwar mit der gleichen Autorität, wie seit Generationen auf dem Lande Recht gesprochen wird.

Neue Probleme in der Stadt erfordern neue Lösungsansätze. So muß Müll beseitigt werden, der in dieser Form und in dieser Menge auf dem Lande nicht anfällt. Da ein Großteil der mitarbeitenden Frauen tagsüber abwesend ist, bleiben die Kinder häufig sich selbst überlassen. Man hilft sich mit eigenen Kinderhorten, in denen Nachbarnfrauen die Betreuung übernehmen.

Rechtshilfe für Slumbewohner in Lima

Damit die Stadtrandbewohner ihre Nöte und Bedürfnisse bei den Behörden vorbringen können, hat die Kirche in Lateinamerika in vielen Ländern Rechtshilfe-Maßnahmen eingeleitet. „So hat die Kommission für soziale Fragen der peruanischen Bischofskonferenz 1974 eine Rechtsberatung für die Slumbewohner von Lima eingerichtet. Seither bieten zehn angestellte Rechtsanwälte der Bevölkerung in den Elendsvierteln Beistand in den verschiedenen juristischen Bereichen. Täglich erscheinen Dutzende von Hilfesuchenden in den Beratungsstellen. Gelegenheitsarbeiter klagen über Unterbezahlung. Familienväter suchen Beistand in Fragen des Siedlungsrechts. Verlassene Mütter wollen den Unterhalt für uneheliche Kinder sichern. Außer diesen konkreten Rechtsfragen des Alltags leisten die Anwälte auch juristische Bewußtseinsbildung unter den Slumbewohnern und bereiten Gesetzesvorschläge zur Sicherung der Rechte von benachteiligten Gruppen vor; denn, so schrieben die Rechtsanwälte noch kürzlich an Misereor, „bekanntlich gibt die Regierung diesen verarmten Teilen der Bevölkerung keine Priorität“.

Als besonders wichtig werden von den Juristen die Arbeitsprobleme der armen Bevölkerung angesehen. Hier geht es vor allem um die Rechte von Arbeitskräften, die von den Unternehmern oft ausgebeutet werden, ohne daß die zuständigen Behörden einschreiten. Da geht es um Entlassungen, Rentenfragen, Entschädigungen usw. Häufige Streitsache ist auch die Vertreibung von Grund und Boden. Ein besonderer Punkt ist das Recht der Kinder auf Erziehung. Dabei wird auf die Behörden Druck ausgeübt, um Schulen zu errichten und Lehrergehälter zu übernehmen, wie es die Gesetze ja vorsehen.“

Aus H. P. Gohla, in: Misereor Aktuell, 4/85

Juristische Beratung für ärmere Bevölkerungsschichten

Misereor fördert die juristische Beratung für ärmere Bevölkerungsschichten in Lima seit 1979 (Projekt Nr. 232-001/108). Projektträger ist die Kommission für soziale Fragen der Bischofskonferenz. Die jährliche Fördersumme liegt bei etwa 95.000,—. Mit diesem Betrag können zehn Rechtsanwälte mit einem Monatsgehalt von DM 850,— angestellt werden. Pro Monat werden etwa 600 Fälle, vor allem aus den Bereichen Zivil- und Arbeitsrecht, bearbeitet.

Ein neues Stadtrandviertel entsteht

„Villa El Salvador“ ist ein „pueblo joven“, ein Stadtrandviertel von Lima, und hat 170.000 Einwohner. Die Geschichte dieser Trabantenstadt ist ein in dem Ausmaß für Lateinamerika einmaliger Versuch, durch gemeinschaftliche Aktionen und gemeinschaftlichen Lebenskampf neue, alternative Formen der Problemlösung und Daseinsbewältigung zu entwickeln. Im Mai 1971 besetzten 7.000 Familien (30.000 Personen) in einer spontanen Aktion die Berghänge in der Umgebung von Monterico, einem von reichen Limeñer Familien bevorzugten Stadtteil im Osten Limas, wo die Sonne aufgrund der besonderen klimatischen Verhältnisse knapp zwei Monate länger im Jahr scheint.

Die Ortskirche solidarisiert sich mit den Neusiedlern

Zunächst wurden auf Order des Innenministers Truppen geschickt, welche das Gebiet abriegeln und eine weitere Zuwanderung sowie Lebensmittellieferungen verhindern sollten; eine Maßnahme, die geeignet war, den Widerstandswillen der „Invasores“ zu stärken und das Anwachsen nun nicht mehr spontaner, sondern wohlorganisierter und koordinierter Formen des Protests und kollektiver Aktion zu fördern. Der damalige Weihbischof von Lima, Msgr. Bambarén, solidarisierte sich mit den Landbesetzern; er nahm an einer Kundgebung teil und wurde von Polizeikräften verhaftet. Es gab mehrere Tote und eine Vielzahl von Verletzten. Die Regierung Velasco verwandelte jedoch — durch den wachsenden Protest der Kirche und der öffentlichen Meinung unter Zugzwang gestellt — die Niederlage in einen Sieg und ließ ein großes Wüstenareal im Süden von Lima planieren und aufteilen.

Der zuletzt erfolgreiche Widerstand gegen die gewaltsame Räumung, die gemeinsame Erfahrung im Kampf um ein kleines Stück Lebensraum, vermittelte den Beteiligten das Bewußtsein, daß sie nur geeint und in organisierter Form Problemlösungen finden und ihre Rechte auf ein menswürdigeres Dasein durchsetzen können. So bildeten alle Basis-Vertreter zusammen das sogenannte Komitee für soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Wohngruppe; sie wählten aus ihrer Mitte ein aus acht Personen bestehendes Leitungsgremium, dessen Mitglieder neben einem Generalsekretär und dessen Vertreter sechs Sekretäre für die verschiedenen Aufgabenbereiche umfassen. In Villa El Salvador gibt es 73 solcher Leitungsgremien oder -ausschüsse, die gleichermaßen Koordinierungs- und Kontrollfunktionen innerhalb der Wohngruppen ausführen und das Bindeglied der Basisorganisation zu den kommunalen Räten darstellen.

Als sich die Bevölkerung auf das Wüstenareal umsiedeln ließ, gab es dort buchstäblich nichts als Sand: kein Wasser, keinen elektrischen Strom, keine Lebensmittel, keine Transportmittel; alle lebensnotwendigen Konsumgüter, vom Wasser bis hin zur Kerze, mußten unter beschwerlichen Bedingungen herangeschafft werden, und hinzu kam das Problem des Grundstückshandels: „Tüchtige“ Geschäftemacher hatten alle erwachsenen Familienmitglieder in Listen eingetragen und begannen einen schwunghaften Handel mit der Vermietung und dem Verkauf ihrer Parzellen, die — waren sie nicht bewohnt — zudem ein Sicherheitsrisiko für die Nachbarn darstellten. Die Delegierten einer ersten, eher spontan gewachsenen Nachbarschaftsorganisation versammelten sich und beschloßen, um Mißbrauch und Grundstückshandel radikal zu unterbinden, die sonst so begehrten Eigentumsbriefe, die der Staat ausstellen wollte, zu verweigern.





Die wahren Befreiungswege

Aus der Ansprache von Papst Johannes Paul II in Villa El Salvador am 5. Februar 1985

Mit welcher Freude habe ich die Begegnung mit euch, liebe Bewohner von Villa El Salvador, erwartet! Seit meiner Ankunft in Peru und selbst vor meiner Ankunft hatte der Besuch in dieser Randsiedlung, die uns schon durch ihren Namen ihre Verbundenheit mit Christus, dem Retter der Welt, kundtut, einen Vorzugsplatz in meinem Reiseprogramm, weil es sich nämlich um die ganz besonders Bedürftigen handelte.

Wenn aber die Kirche auch die Pflicht fühlt, ihrem primär geistlichen Sendungsauftrag treu zu sein, so vergißt sie dennoch nicht, daß das Bemühen zugunsten des konkreten Menschen und seiner Bedürfnisse untrennbarer Bestandteil ihrer Treue zum Evangelium ist. Das Mitleid Jesu für den bedürftigen Menschen sollen sich die Hirten und Glieder der Kirche zu eigen machen, wenn sie wie hier in Villa El Salvador in vielen anderen Randsiedlungen in Peru auf die Wunden des Elends und der Krankheit, der Arbeitslosigkeit und des Hungers, der Diskriminierung und der Marginalisierung aufmerksam machen. In allen solchen Fällen wie den euren dürfen wir „die Leidenszüge Christi, des Herrn, nicht vergessen, der anklagt und mahnt“ (Puebla, 31);

- der jede Gleichgültigkeit und Passivität anklagt und den wahren Jünger Christi zur Solidarität mit dem leidenden Bruder mahnt;
- der die wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen, in der Privilegien und Verschwendung Hand in Hand mit Situationen des Elends und der Entbehrung gehen, mahndend anklagt;
- der Kriterien, Mechanismen und Strukturen mahndend anklagt, die auf Prinzipien des rein ökonomischen Nutzens gründen, ohne die Würde jedes einzelnen Menschen und seine Rechte zu berücksichtigen;
- der die unersättliche Gier nach Geld und Konsum mahndend anklagt, die, allein geleitet durch die Egoismen und die heimtückische Gewalt des Gesetzes des Stärkeren, das soziale Gewebe zersetzt.

Demokratisch gewählte Gremien werden aktiv

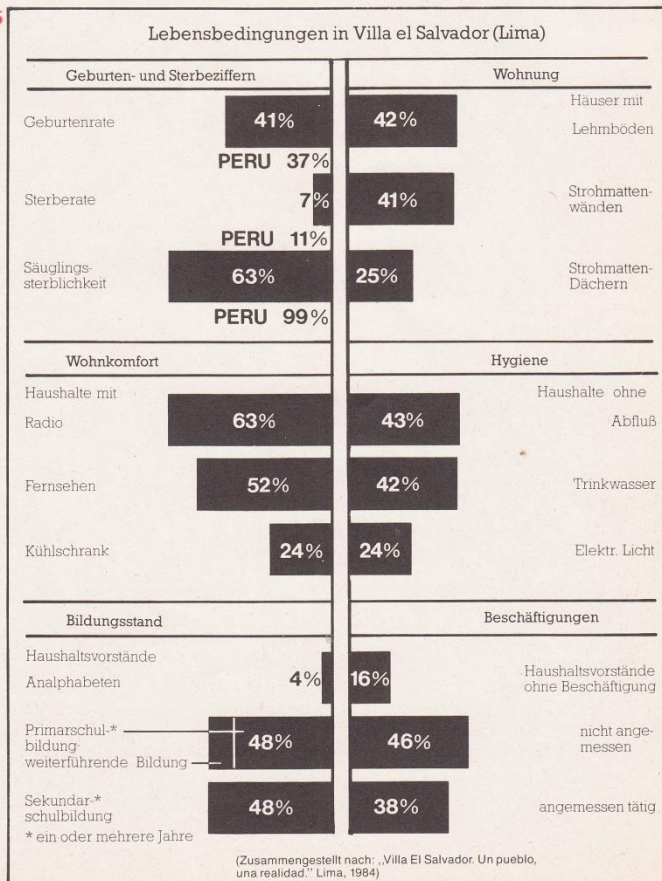
Da die Häuser keinen Strom und die Straßen keine Beleuchtung hatten, wurden die Sekretäre aktiv und begannen mit der Organisation eines kommunalen Unternehmens für die Herstellung von Licht- und Stromleitungsmasten. Die Organisation von Villa El Salvador war zu dem Zeitpunkt jedoch noch nicht so weit gefestigt und funktionsfähig, ein solches Projekt schnell in die Tat umzusetzen und damit Arbeitsplätze zu schaffen. Interessierte Bau- und Stromversorgungsunternehmen drängten die Regierung zur Vergabe eines Kredites für die Elektrifizierung, und ein Jahr später verfügten alle Haushalte und Straßen über elektrisches Licht. Die Sekretäre für Dienstleistungen organisierten in ihren Wohnblocks Arbeitseinsätze für die Befestigung von Straßen. Aus Geldsammlungen wurde Schotter gekauft, und die Sandwege wurden befahrbar gemacht. Desgleichen führte die Bevölkerung Aktionen zur Bereitstellung von Transportmitteln durch, die

der Staat schließlich mit dem Kauf einer Omnibusflotte aus Ungarn erfüllte.

Die erwartete Finanzierung des Industrieparks, die Schaffung von Arbeitsplätzen blieb aus, und die Bevölkerung ergriff schließlich selbst die Initiative: Eine kommunale Sparkasse wurde gegründet, die die privaten Banken ersetzen sollte, mit dem Ziel, alle regelmäßigen Zahlungen der Bevölkerung (für Strom, künftig auch für Wasser usw.) weiterzuleiten und mit einem Teil der Ersparnisse kommunale Betriebe aufzubauen, also Arbeitsplätze in kommunalen, selbstverwalteten Unternehmen zu schaffen. So entstand ein Betrieb für die Vermarktung von Baumaterial, eine Gemeinschaftapotheke, und man investierte Gelder aus der kommunalen Sparkasse, um einen Lebensmittelmarkt zu bauen, für dessen Funktionen sich der Präsident persönlich verbürgte.

Auszug aus: J. C. Küchemann: Gesundheit ist Kampf. UNICEF-Prisma, 1984; vgl. auch Fig. 5.

5



Das besondere Engagement der Frauen

Die Frau hat in der indianischen Gesellschaft eine wichtige Position inne, besonders in den ländlichen Gebieten, wo die Männer häufiger mit Lamaherden, als Wanderhändler oder Saisonarbeiter unterwegs sind. Bestimmte Tätigkeiten bei Aussaat und Ernte waren zudem schon immer den Frauen vorbehalten. Diese auf dem Lande bereits geübte Selbständigkeit der Indianerinnen kommt auch im städtischen Milieu zum Tragen, wo die Händlerinnen und Wiederverkäuferinnen nicht mehr aus dem Straßenbild wegzudenken sind.

Organisation von Gemeinschaftsküchen als Teil einer Basisbewegung

Ihr Organisationstalent wird besonders deutlich bei der Einrichtung und Führung von Gemeinschaftsküchen, mit deren Hilfe die Ernährung ganzer Stadtteile verbessert werden kann. In den Notstandsphasen der vergangenen Jahre (Überschwemmungen im Norden Perus, Trockenheit im Süden und auf dem Altiplano Boliviens) haben die Gemeinschaftsküchen (Comedores Populares) in den Städten eine verstärkte Ausbreitung erfahren. Zur Zeit gibt es in Lima mehr als 500 von diesen Gemeinschaftsküchen, in denen jeweils 15–30 Familienmütter mitarbeiten.

Die Organisation dieser Basisaktivi-

täten geht folgendermaßen vor sich: Jeweils drei bis vier Frauen sind an einem Tag in der Woche für den Einkauf auf dem Großmarkt und für die Vorbereitung der Mahlzeiten zuständig. Das bedeutet, daß die Mütter an den fünf übrigen Wochentagen freier sind für Fortbildung, Kindererziehung und zusätzliche Beschäftigungen. Die zentrale Zubereitung bedeutet auch geringeren Energieverbrauch, gerechte Verteilung von möglichen Hilfsgütern sowie die regelmäßige Zubereitung von ausgewogenen Mahlzeiten.

Wohl das wichtigste Merkmal der Gemeinschaftsküchen-Bewegung ist die Tatsache, daß sich alle Mitglieder mit ihrer Arbeitskraft beteiligen und darüber hinaus auch einen Unkostenbeitrag liefern (etwa DM 0,50 je Essen).

Ebenso bedeutsam sind die Impulse, die von diesen Frauenvereinigungen ausgehen. Die Familienmütter werden sich ihrer gemeinschaftlichen Wirkung bewußt und nehmen vermehrt die Gestaltung ihrer Wohnbezirke in Angriff.

Einige dieser Frauengruppen versuchen zusätzlich, in gemeinschaftlichen Produktionsstätten kleine Einkommen zu erzielen. So versucht man, sich gegenseitig bei der Herstellung und dem Vertrieb von Strick- und Webwaren behilflich zu sein. Damit sind die Frauen nicht nur in den Bereichen Kindererziehung, Gesundheit und Ernährung, sondern auch bei wichtigen Fragen der Gemeinwesenentwicklung zentrale Ansprechpartner möglicher Entwicklungsmaßnahmen geworden, die eine Unterstützung von außen finden.

Die Förderung der Gemeinschaftsküchen-Bewegung

Im Rahmen eines Fonds zur „Förderung örtlicher Gemeinschaftsinitiativen“ unterstützt Misereor die Gemeinschaftsküchen-Bewegung in sechs Randstadtvierteln von Lima sowie in Callao, Moyobamba und Chimbote (Projekt Nr. 232-0/71). Es wurden vor allem Maßnahmen zur Integration und Zusammenarbeit ganzer

Verbände von Gemeinschaftsküchen sowie die Errichtung von Küchenräumen und der Kauf von Kücheneinrichtungen gefördert. Das Gesamtvolumen des Fonds, der vom Sozialsekretariat der Bischofskonferenz verwaltet wird, beträgt rd. 200.000 DM im Jahr, bei einer mittleren Summe von DM 5.000 je Maßnahme.





„Frauen lernen ihre Rechte kennen, um sie verteidigen zu können.“

In einer Zeitung berichten die Frauen von Cusco: „Einige von uns stehen um drei Uhr in der Frühe auf, um auf dem Markt Gemüse einzukaufen. Zu dieser Stunde ist es noch billig auf dem Markt, und man kann etwas dabei verdienen, wenn man es weiterverkauft. Andere machen Maisbier, verkaufen Fleischspieße oder heiße Getränke. Einige gehen auch in die Häuser Wäsche waschen und bügeln, von sechs Uhr in der Frühe bis um sieben Uhr abends. Meist gehen wir mit unseren Jüngsten auf dem Rücken. Wenn wir zurückkommen, sind wir todmüde, und dann beginnt erst die Hausarbeit.

Bei uns in den Randstadtvierteln können die meisten Frauen weder lesen noch schreiben. Unsere Eltern wollten uns nicht auf die Schule schicken, weil sonst niemand da war, der die Tiere hüten konnte. Die Brüder wurden da viel eher in die Schule geschickt. Bei den Versammlungen sagen uns die Männer: ‚Euer Mann soll kommen! Wir müssen die Dinge unter Männern berechnen!‘ Deshalb machen wir Frauen auch den Mund nicht auf; denn wir haben Angst, daß man uns kritisiert. Doch bei der Gemeinschaftsarbeit (Faena) in unserem Viertel packen wir Frauen an wie die Männer, besonders wenn diese nicht da sind oder wenn wir alleine dastehen.

So ist es besonders wichtig für uns Frauen, daß wir uns treffen und Lösungen für unsere Probleme suchen. Wenn man miteinander spricht, kommen einem Ideen. Wir können diskutieren, was anderswo Frauen erreichen, die sich zusammentun. Es ist wichtig, daß wir unsere Probleme verständlich machen, uns gegenseitig bewußt machen, wie wir leben. Und langsam wird es den Müttern im Viertel klar, wie notwendig es ist, sich zu treffen, sich zu organisieren. Dann werden wir auch viel besser arbeiten können. Vor allem werden wir unsere Rechte kennenlernen, um sie verteidigen zu können.“

Aus: Asociación Amauta: „Las mujeres de los barrios populares del Cusco“, 1984

Derartige Selbsthilfemaßnahmen sind nicht Zweck an sich, sondern methodologische Prozesse. Durch konkrete und sichtbare Erfolge bei der Lösung materieller Probleme, wenn auch nur in Teilbereichen, wird der Glaube an die eigenen Fähigkeiten und die der sozialen Gruppe, von der man Teil ist, wiedergewonnen. Anstelle von Hoffnungslosigkeit tritt Hoffnung. Die Beteiligung (Partizipation) an Entscheidungen und an der Realisierung konkreter Maßnahmen stärkt das Selbstvertrauen und damit die Persönlichkeit der so Handelnden. (Aus: E. Schütz, 1985)



Frauen als wichtige Projektpartner

In der Stadt Cusco ist Misereor an der Förderung von vier Vorhaben beteiligt, die vornehmlich von jungen Frauen und Familienmüttern des Stadtrandes ausgehen. (Projekt Nr. 232-11/76 u. a.; Fördersumme insgesamt DM 130.000). Es wird Unterstützung

gewährt bei dem Bau und der Einrichtung eines Bildungshauses, wo Kurse in Alphabetisierung, Ernährungskunde und Hauswirtschaft stattfinden. Der politischen Selbstfindung dient die Herausgabe einer eigenen Stadtviertelzeitung für Frauen.

